



Warum interessieren sich Politiker für Rechnungslegung?

Jannis Bischof | Holger Daske | Christoph J. Sextroh*

1 Einleitung

Die Vorschriften zu Bilanzierung und Offenlegung von Unternehmen galten lange als technische Normen, die in einem von Experten geprägten Prozess entwickelt werden und damit nicht Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen politischen Akteuren sind. Viele Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass diese Sichtweise angezweifelt werden kann. Ein Beispiel aus Europa bietet die Auseinandersetzung um die Rechnungslegung von Banken. So erfolgten die Anhörungen, die das EU-Parlament im Dezember 2015 vornahm, auf Initiative von Politikern, die den vom IASB vorgelegten Bilanzierungsstandard IFRS 9 ablehnten. In einem ähnlichen Fall intervenierte auf dem Höhepunkt der Finanzkrise von 2008 eine Gruppe von Staats- und Regierungschefs um den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy direkt beim IASB, um eine Änderung der Bewertungsregelungen zu erreichen, die es Banken erlaubte, geringere Verluste auszuweisen (Bischof, Brüggemann und Daske 2022). In den USA erlangten ähnliche Initiativen Bekanntheit, die eine Änderung der Goodwill-Bilanzierung (Ramanna 2008) oder der Bewertung von Aktienoptionsprogrammen (Farber, Johnson und Petroni 2007) anstrebten und jeweils aus der Mitte des US-Kongresses kamen.

Die Anfälligkeit gegenüber Lobbyismus stellt eine verbreitete Erklärung in der Literatur für das persönliche Engagement von Politikern in Fragen der Rechnungslegung dar. In der Tat zeigen beispielsweise viele US-amerikanische Politiker, die sich während der Finanzkrise für die Belange von Finanzinstituten und regulatorische Erleichterungen einsetzten, enge Verbindungen, etwa über erhaltene Spenden (Mian, Sufi und Trebbi 2010) oder den Besitz eigener Aktien (Tahoun 2014), zu Unternehmen aus der Finanzindustrie. Nach dieser Erklärung geht es Politikern bei ihrem Engagement maßgeblich um handfeste persönliche Interessen wie den eigenen finan-

* Prof. Dr. Jannis Bischof | Lst. für ABWL und Unternehmensrechnung | Universität Mannheim

Prof. Dr. Holger Daske | Lst. für ABWL, Unternehmensrechnung und empirische Kapitalmarktforschung | Universität Mannheim

Dr. Christoph J. Sextroh | Department of Accountancy | Tilburg School of Economics and Management

ziellen Wohlstand oder die Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl. Empirische Evidenz zeigt, dass dieses Erklärungsmuster grundsätzlich auch für den Einsatz von Politikern in Fragen der Rechnungslegung zutrifft (z.B. Ramanna 2008, Farber, Johnson und Petroni 2007).

Weniger offensichtlich ist, ob sich Politiker auch aufgrund ihrer eigenen Ideologie, mithin ihren intrinsischen Überzeugungen, für Fragen der Rechnungslegung engagieren. Empirische Evidenz aus der Politikwissenschaft zeigt, dass ideologisch geprägte Ansichten in vielen alltäglichen Politikfragen die Entscheidungen von Politikern erklären und teilweise sogar die Interessen von Lobbyisten überlagern. In ethischen Fragen wie dem Abtreibungsrecht, aber auch in wirtschaftspolitischen Fragen wie der Subvention bestimmter Industrien ist diese Erklärung offensichtlich. Schwer vorstellbar erscheint hier im politischen Prozess, dass ein Politiker, der für stark ausgeprägte Ansichten in solchen Fragen gewählt wurde, seine Haltung ändert, nur weil Interessengruppen dies verlangen; zu hoch ist das Risiko in solchen Fällen regelmäßig für die eigene politische Karriere.

Dass bei Politikern solche starken ideologisch geprägten Ansichten zu Fragen der Rechnungslegung existieren, erscheint abwegig. Selbst wenn unterschiedliche Meinungen, etwa zur Dominanz des Vorsichtsprinzips oder der Bilanzierung von Zeitwerten, bestehen, sind diese nur sehr schwer mit einer bestimmten ideologischen Weltanschauung zu verbinden. Das bedeutet freilich nicht, dass Ideologie grundsätzlich keine Rolle bei der Regulierung von Rechnungslegung spielen kann. Wie Rechnungslegung reguliert ist, hat reale ökonomische Konsequenzen. Regeln zur Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen haben Einfluss darauf, wie attraktiv diese Programme für das Top-Management oder Mitarbeiterbeteiligungen sind und wie stark daraufhin die Einkommensschere im Unternehmen auseinander geht. Regeln zur Bankbilanzierung haben Einfluss darauf, ob staatliche Rettungsschirme, und damit hohe Subventionen für die Finanzindustrie, notwendig werden, weil Banken unter bestimmte Mindestkapitalquoten fallen. Die Beurteilung genau solcher Fragen der Einkommensverteilung oder der staatlichen Markteingriffe durch Subventionen ist unmittelbar mit ideologischen Ansichten verbunden.

In diesem Beitrag präsentieren wir empirische Evidenz auf Basis von Bischof, Daske und Sextroh (2020), die diesen Zusammenhang untermauert. Am Beispiel der politischen Diskussionen in den USA um die Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen und die Fair-Value-Bewertung zeigen wir, dass neben persönlichen Interessen aufgrund von Verbindungen zu Unternehmen und Lobbygruppen auch politische Ideologie das Verhalten von Politikern sowie ihren Einsatz für oder gegen bestimmte Bilanzierungsregeln erklärt. Mittels detaillierter Auswertung von umfangreichen Daten zu Wortbeiträgen von Politikern, z.B. in Reden, Interviews, Gesetzentwürfen, zu ihren Verbindungen mit Interessengruppen aus der Industrie und zu ihren ideologischen Ansichten wird erkennbar, dass gerade wenn ideologisch geprägte Themen die tagesaktuelle Berichterstattung in den Medien prägen, die ideologische Einstellung von Politikern ein wichtiger Erklärungsfaktor für ihre Haltung zu Rechnungslegungsfragen wird, die sich auf diese Themen auswirken. Konkret zeigt sich etwa, dass in der öffentlichen Debatte um die Rettungsschirme für den Finanzsektor genau solche Politiker die Vermeidung von Fair-Value-Abschreibungen in der Bankbilanzierung fordern, die sich ideologisch klar gegen die staatlichen Subventionen für die Finanzindustrie positionieren

(und die entsprechende Erwartung haben, dass durch die unterlassenen Abschreibungen und entsprechend höhere Gewinne die Subventionen vermieden werden können). Ganz ähnlich setzten sich besonders Politiker mit stark sozial ausgeprägter Ideologie für eine Aufwandswirksamkeit von Aktienoptionsprogrammen des Top-Managements ein – mit der Erwartung, eine geringere Attraktivität dieser Programme würde einer noch stärkeren Ungleichverteilung von Einkommen entgegenwirken.

2 Die Regulierung von Rechnungslegung im politischen Prozess

Die Autorität über die Ausgestaltung von Rechnungslegungsnormen liegt im Allgemeinen, wie bei allen gesetzlichen Vorgaben, beim Staat und seinen Institutionen. Mit der Anerkennung der International Financial Reporting Standards (IFRS) für kapitalmarktorientierte Unternehmen wird diese Kompetenz von vielen Ländern mittlerweile, ganz ähnlich dem US-amerikanischen System, an eine private Organisation, das International Accounting Standards Board (IASB), ausgelagert. Die Entscheidung, die Befugnisse zur Standardsetzung an einen privat-rechtlich organisierten Standardsetzer zu delegieren, zielt dabei gerade darauf ab, den Einfluss mächtiger politischer und gesellschaftlicher Kräfte zu reduzieren. Vielmehr soll eine Gruppe unabhängiger technischer Experten Rechnungslegungsregeln im öffentlichen Interesse entwickeln. Diese Unabhängigkeit soll dabei durch sorgfältig entworfene Governance-Strukturen, klare konzeptionelle Grundlagen für die Normensetzung sowie einen transparenten Prozess mit öffentlichem Verfahren und Beteiligungsmomenten gewährleistet werden. Nichtsdestotrotz existieren weiterhin Möglichkeiten der Einflussnahme politischer Interessengruppen. Diese ergeben sich insbesondere durch die Governance-Struktur selbst, politische Lobbyarbeit, sowie die institutionelle Einbettung der Übernahme der vom Standardsetzer entwickelten Normen in das nationale Recht der Anwenderstaaten.¹

Selbst bei formal unabhängigen Standardsetzern ergeben sich Einflussmöglichkeiten häufig schon allein aus der Governance-Struktur. So unterliegt bspw. die Auswahl der Mitglieder des IASB durch die Trustees der IFRS Foundation politischen Interessen und Verhandlungen. Bei der Diskussion um die Benennung eines neuen IASB-Vorsitzenden im Jahr 2010 griff beispielsweise der damalige Europäische Kommissar Michel Barnier in die Entscheidungsfindung ein, um angesichts der regelmäßigen politischen Herausforderungen des IASB einen Bewerber mit politischer Erfahrung durchzusetzen (mit dem Ergebnis der Benennung des ehemaligen niederländischen Finanzministers Hans Hoogervorst als IASB Chairman). Darüber hinaus kann der Normsetzungsprozess auch als ein Beratungsprozess unterschiedlicher sozialer Akteure verstanden werden. Trotz ihrer Eigenschaft als Experten sind die Mitglieder des Gremiums selbst soziale

¹ Für eine ausführlichere Diskussion der Regulierung von Rechnungslegung im politischen Prozess siehe Kapitel 5 in Becker, Bischof und Daske (2021).

Individuen, deren Arbeit durch eigene Überzeugungen, persönliche Ziele sowie die eigene Nähe zur Politik und anderen Interessengruppen bewusst oder unbewusst beeinflusst wird.

In Ermangelung direkter demokratischer Autorität bedienen sich Standardsetzer in der Regel eines mehrstufigen partizipatorischen Prozesses für die Entwicklung und Ausgestaltung von neuen Rechnungslegungsvorschriften. Dieser „Due Process“ zielt darauf ab, das Handeln des Standardsetzers und damit letztlich die von ihm verabschiedeten Normen zu legitimieren. Öffentliche Konsultationen bieten dabei regelmäßig die Möglichkeit der Einflussnahme. Obwohl diese Konsultationen primär dem Zweck dienen, zusätzliche Argumente für die Beratungen des Standardsetzers zu sammeln, bieten sie politischen Akteuren und anderen Interessengruppen auch die Möglichkeit, bestimmte Themen und Forderungen auf höhere politische Ebenen zu heben, insbesondere wenn Standardsetzer die Intensität der Beteiligung als Signal für die Bedeutung einer Forderung wahrnehmen. Hinzu kommen nicht-öffentliche Konsultationen mit wichtigen Stakeholdern und damit letztlich auch politischen Entscheidungsträgern.

Eine zentrale und zugleich häufig unsichtbare Form politischen Einflusses auf die Normsetzung von Rechnungslegungsstandards konstituiert sich durch die institutionellen Rahmenbedingungen der Überführung der vom Standardsetzer entwickelten Normen in das nationale Recht der jeweiligen Anwenderstaaten. In der Europäischen Union durchläuft jede Verlautbarung des IASB beispielsweise einen expliziten Anerkennungsprozess („Endorsement“), in dem die lokale Anwendbarkeit geprüft wird. Abhängig vom Ergebnis dieser Bewertung werden die IFRS in der vom IASB herausgegebenen Form übernommen oder können an lokale Anforderungen angepasst werden. Dieser Mechanismus schafft damit Unsicherheiten über die Wahrscheinlichkeit einer Abweichung und europäischen Version der IFRS. Dadurch erlangt die EU als Gruppe wichtiger IFRS-Anwendungsstaaten de facto politische Verhandlungsmacht gegenüber dem IASB, welche sich in regelmäßigen Treffen von Vertretern der EU auf unterschiedlichen Hierarchieebenen mit der IFRS Foundation manifestiert.² Darüber hinaus beinhaltet das Endorsement-Verfahren selbst zusätzliche Möglichkeiten für politische Einflussnahme.

Noch direktere Einflussmöglichkeiten der Politik ergeben sich freilich, sofern politische Akteure sich explizit oder implizit Veto-Rechte gegenüber einem vermeintlich unabhängigen Standardsetzer vorbehalten. In den Vereinigten Staaten beispielsweise existiert die Securities and Exchange Commission (SEC) als öffentliche Regierungsbehörde, welche ihre Befugnisse zur Entwicklung von Rechnungslegungsstandards unter Beibehaltung eines Veto-Rechts wiederum an das Financial Accounting Standards Board (FASB) delegiert hat. Während das FASB ähnlich dem IASB eine privat-rechtliche Organisation unabhängiger Rechnungslegungsexperten ist, handelt es sich bei der SEC um eine Regierungsinstitution mit politischen Ämtern und entsprechenden Rechenschaftspflichten gegenüber dem Kongress. Auch entscheidet der Kongress über das Budget der SEC. Durch diese Form der Delegation ergibt sich auto-

² Als ein Beispiel sei das Meeting des einflussreichen Mitglieds des EU Parlaments im Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) Sven Giegold mit Michael Prada (Chair Trustees) und Hans Hoogervorst (Chair IASB) am 22. September 2015 benannt, siehe <https://sven-giegold.de/lobbytransparenz/>.

matisch eine gewisse Nähe von politischen Kräften zum Standardsetzer. Politiker können Druck auf die SEC und damit das FASB ausüben, indem sie ihre Gesetzgebungsbefugnisse und Haushaltsrechte nutzen (oder damit drohen). Entsprechend oft wenden sich US-Lobbyisten direkt an einzelne Kongressmitglieder (im Repräsentantenhaus oder im Senat), um eine Einmischung in das ordnungsgemäße Verfahren des FASB zu erwirken, welche in der Folge über verschiedene Kanäle und Eskalationsstufen beobachtbar sind. Beispiele sind das Verfassen von offiziellen Beschwerdebriefen an den Standardsetzer (sog. ‚Dear Colleague‘-Briefe), entsprechende Vorladungen und Befragungen der Board Chairperson und des Chief Accountants der SEC in die Fachausschüsse des Kongresses, aber auch unmittelbar die Einbringung von Gesetzesvorlagen, die eine Rechnungslegungsänderung verhindern oder durch entsprechende Studien hinauszögern sollen.

Die Entscheidung über Rechnungslegungsnormen bleibt damit selbst bei formeller Unabhängigkeit des Standardsetzers weiter Gegenstand der Auseinandersetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte und damit ein Prozess, in den politische Akteure auf höchster Ebene eingebunden sind.

3 Die Gründe für politische Einflussnahme auf die Regulierung von Rechnungslegung

Die politische Ökonomie kennt drei alternative Erklärungen für das Verhalten und die inhaltliche Positionierung von Politikern in öffentlichen Debatten und parlamentarischen Abstimmungen:

1. *Öffentliches Interesse*: Die Public-Interest-Theorie besagt, dass Politiker in ihren Entscheidungen allein eine gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsfunktion maximieren, d.h. strikt im öffentlichen Interesse und dabei frei von jedem Eigeninteresse handeln (Posner 1974).
2. *Partikularinteressen* („special interest“): Die Regulatory-Capture-Theorie besagt, dass Politiker grundsätzlich abhängig von Eigeninteressen handeln, die nicht zwingend im gesamtwirtschaftlichen Interesse stehen. Diese Eigeninteressen entstehen regelmäßig aufgrund von politischen Verbindungen mit Interessengruppen, die diese insbesondere mit Spenden und anderen Formen der Unterstützung einer Wiederwahl pflegen. Eine ähnliche Form der Verbindung entsteht mit lokalen Meinungsführern im Wahlkreis, deren Interessen in der Entscheidungsfindung vertreten werden und die im Gegenzug ebenfalls entsprechende Unterstützung bei der Wiederwahl leisten (Stigler 1971).
3. *Ideologie*: Die Ideologie-Theorie besagt, dass Politiker von intrinsischen Überzeugungen und Wertvorstellungen in ihrer Entscheidungsfindung geleitet werden. Die Ideologie dient gleichzeitig als Mechanismus, um den Wählern eine verlässliche Agenda zu signalisieren („commitment“; Kau and Rubin 1979).

Die politökonomische Forschung findet in der systematischen Auswertung von politischen Prozessen und Abstimmungen insgesamt wenig Evidenz, die die Public-Interest-Theorie unterstützt. Als etablierte Auffassung gilt, dass politische Entscheidungen regelmäßig aus einer Mischung von ideologisch geprägtem Handeln und dem Einfluss von privaten Interessen entstehen. Ähnlich ist der Befund für den politischen Einfluss auf die Ausgestaltung von Rechnungslegungsnormen (siehe Abbildung 1), wobei es hier insbesondere empirisch anspruchsvoll ist, die Verbindung zwischen einer Bilanznorm und einer von Ideologie geprägten Auffassung herzustellen und überzeugend von einer möglichen Überlagerung von privaten Interessen zu trennen. Uns gelingt dies auf Basis einer umfangreichen Datengrundlage anhand von zwei beispielhaften politischen Prozessen in den USA, einmal der Diskussion um die Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen im Nachgang zu den großen Bilanzskandalen zu Beginn des 21. Jahrhunderts und einmal der kontroversen Fair-Value-Diskussion während der Finanzkrise von 2008. Diese Erkenntnisse dürften auch auf andere Kontroversen um Rechnungslegungsfragen übertragbar sein, die weniger gut quantifizierbar sind.

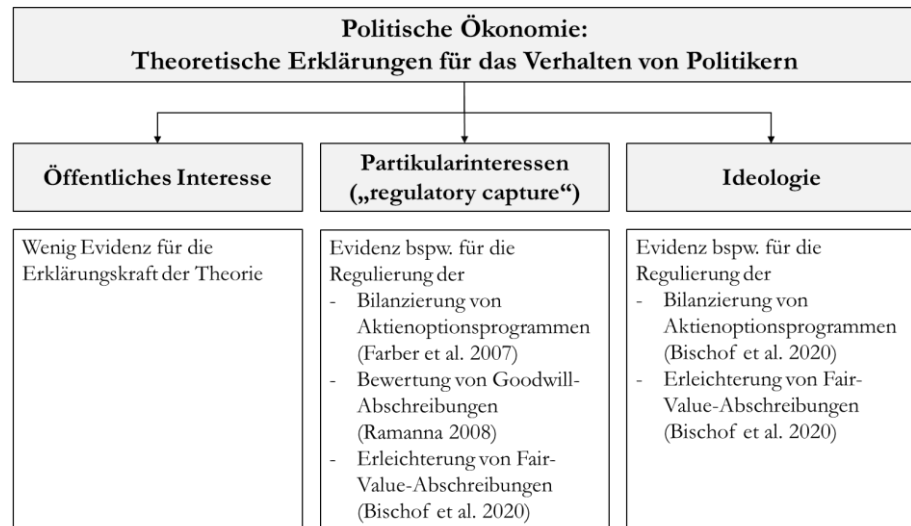


Abb. 1: Politökonomische Erklärungen für das Verhalten von Politikern.

3.1 Ideologie, Partikularinteressen und die Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen

Im Nachgang zu Skandalen wie Enron oder WorldCom beherrschte Kritik an Fehlanreizen aufgrund von Aktienoptionen, die Manager selbst halten, die öffentliche Diskussion. Die Vorgabe, sämtliche ausgegebenen Aktienoptionen sofort aufwandswirksam zu erfassen, sollte die Attraktivität entsprechender Optionsprogramme senken. In der Diskussion trafen Partikularinteressen und ideologisch geprägte Auffassungen offensichtlich aufeinander: Politiker, die persönliche Verbindungen (z.B. aufgrund von Spenden) zu High-Tech-Unternehmen aufwiesen, für die Aktienoptionen ein besonders wertvolles Instrument der Mitarbeiterbindung waren, setzten sich besonders gegen eine entsprechende Aufwandswirksamkeit ein. Politiker, die hingegen besonders stark ausgeprägte Ideologie in sozi-

alen Fragen aufwiesen, setzten sich besonders stark für die entsprechende Aufwandswirksamkeit von Aktienoptionen des Top-Managements ein. Dies geschah nicht zuletzt mit dem öffentlichen Argument, dass die geringere Attraktivität einer Vergütung mit Aktienoptionen einer noch stärkeren Ungleichverteilung von Einkommen entgegenwirke, mithin einer direkten Verbindung zur ideologischen Frage.

Die Daten zeigen den gleichzeitigen Einfluss beider Faktoren sehr deutlich (siehe Tabelle 1): Politiker, die sich gegen eine unmittelbare Aufwandswirksamkeit von Aktienoptionsprogrammen aussprechen, weisen einen deutlich höheren Anteil an Spenden aus der High-Tech-Industrie auf (6,17% vs. 3,95%).³ Dies zeigt sich auch, wenn man die High-Tech-Unternehmen auf diejenigen beschränkt, die tatsächlich aktiv und offen Lobbying gegen die Bilanzregeln betreiben. Gleichzeitig sind diese Politiker politisch viel stärker streng marktwirtschaftlich geprägt, d.h. mit einer grundsätzlichen Abneigung gegen Regulierung, die von Umverteilungsgedanken geprägt ist. Das Setting erlaubt uns den Einfluss von Partikularinteressen und politischer Ideologie getrennt voneinander zu betrachten. So zeigt sich, dass beide Ansätze unabhängig voneinander politische Einflussnahme erklären können; es sich also nicht bloß um eine Überlappung von politischen Wertvorstellungen und entsprechenden Verknüpfungen mit Partikularinteressen handelt.

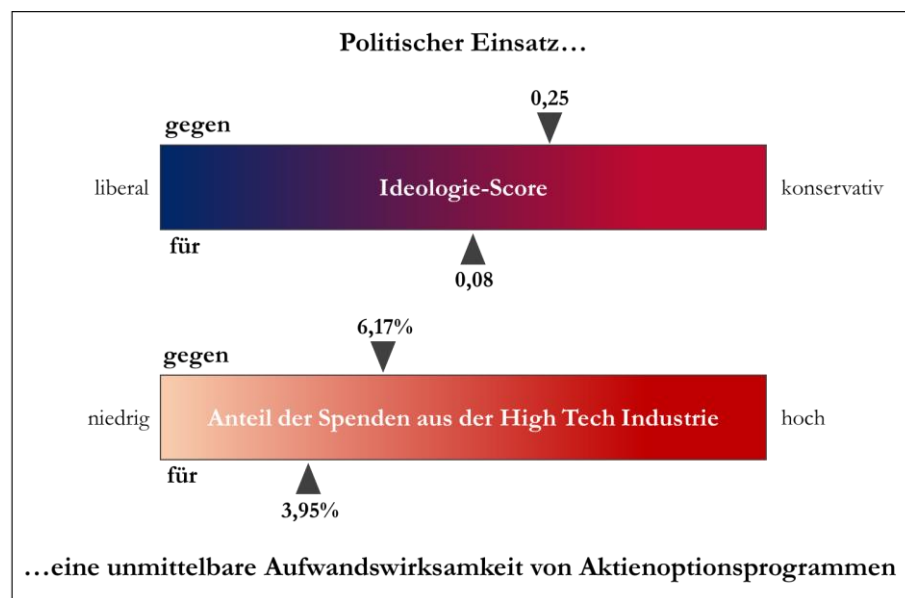


Abb. 2: Ideologie⁴ und Partikularinteressen von Politikern bei ihrer Positionierung zur Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen.

³ Der große Vorteil des US-amerikanischen Settings für eine empirische Untersuchung zeigt sich hier in der vergleichsweise hohen Transparenz der politischen Spendenaktivitäten in den USA.

⁴ Bei dem Ideologie-Score handelt es sich um den wissenschaftlich etablierten und weit verbreiteten DW-Nominate Score nach Poole und Rosenthal (2011). Je niedriger der Score, desto stärker ist die Ideologie des Politikers vereinbar mit Staatseingriffen in die Wirtschaft (z.B. Einkommensumverteilung und Subvention). Siehe auch <https://voteview.com>.

3.2 Ideologie, Partikularinteressen und die Fair-Value-Diskussion

Im Zuge der Finanzkrise geriet weltweit die Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten auf Bankbilanzen in die Kritik (beispielsweise Laux und Leuz 2010); Bischof, Laux und Leuz 2021). Vorgetragene Argumente betrafen insbesondere Prozyklizitätswirkungen und besagten, dass bilanzielle Abschreibungen aufgrund von Marktpreisverlusten zu „künstlichem“ Verlust von Eigenkapital führten, was wiederum für weiteren Verkaufsdruck und somit weiter sinkende Marktpreise Sorge. Die empirische Evidenz für dieses theoretische Argument ist außerordentlich schwach, was dessen prominenter Verwendung in der öffentlichen Diskussion nicht entgegenstand. Auch in dieser Diskussion sind auf politischer Seite Partikularinteressen und ideologisch geprägte Ansichten klar ausgeprägt. Politiker mit besonders ausgeprägter Verbindung zur Finanzindustrie haben einen deutlichen Anreiz, sich gegen die Fair-Value-Bewertung in Bankbilanzen zu positionieren, um weiteren Verlustausweis von den Finanzinstituten abzuwenden. Ähnliches Interesse besteht bei Politikern, die ideologisch Markteingriffe von staatlicher Seite ablehnen, d.h. stark marktwirtschaftliche Sichtweisen vertreten. Werden Fair-Value-Vorschriften gelockert und entsprechende Verluste vermieden, bleibt das Eigenkapital der Banken c.p. höher und staatliche Rettungsmaßnahmen für unterkapitalisierte Institute werden entbehrlich.

Auch dieser Zusammenhang zeigt sich klar erkennbar in unseren Daten (siehe Tabelle 2): Politiker, die sich öffentlich eindeutig für eine Aussetzung der Fair-Value-Bewertung während der Finanzkrise positionieren, sind sehr viel stärker von marktwirtschaftlichen Ansichten geprägt. Gerade in dem engen Zeitraum, in dem die staatliche Bankenrettung, das sog. TARP-Programm, besonders kontrovers diskutiert werden, werden diese öffentlichen Auftritte besonders häufig. Gleichzeitig sind diese Politiker deutlich stärker mit der Finanzindustrie verbunden (23,63% ihrer eingeworbenen Spenden stammen von Finanzinstituten, während es in der Vergleichsgruppe nur 11,70% sind). Im weiteren Zeitablauf zeigt sich dann, dass Politiker mit starken Verknüpfungen zur Finanzindustrie, ganz unabhängig von ihrer ideologischen Haltung zur Bankenrettung, sich auch dann noch deutlich gegen die Fair-Value-Bewertung positionierten, als das Thema aus der Öffentlichkeit verschwand (und damit auch die rein ideologisch motivierten Politiker sich aus der öffentlichen Diskussion zurückzogen). Ähnlich der politischen Diskussion zur Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen zeigt sich also auch hier ein separater Einfluss von Partikularinteressen einerseits und politischer Ideologie andererseits.

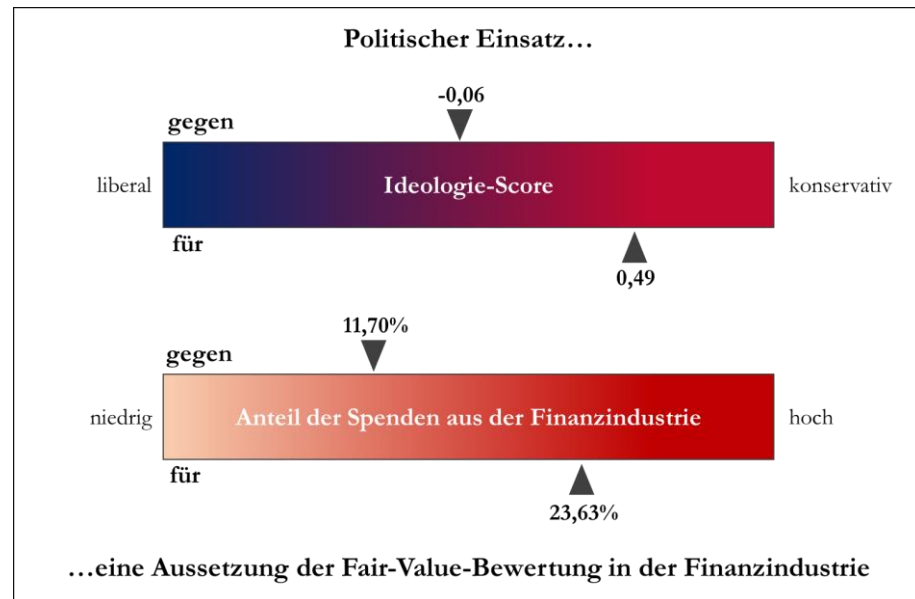


Abb. 3: Ideologie⁵ und Partikularinteressen von Politikern bei ihrer Positionierung zur Fair-Value-Bilanzierung.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Rechnungslegungsregeln gelten als technische Normen. Es hat jedoch unmittelbare ökonomische Konsequenzen für Unternehmensgewinne und Vermögensverteilung, wie diese Regeln ausgestaltet sind. Die Regeln sind daher relevant für Unternehmen, Investoren, Mitarbeiter und viele weitere Stakeholder. In der Entwicklung von Rechnungslegungsregeln sind insofern die gleichen Mechanismen zu beobachten wie in anderen politischen Prozessen, die ökonomisch relevant sind. Konkret kann dabei der Einfluss von Partikularinteressen sowie von ideologischen Ansichten nachgewiesen werden. Während Partikularinteressen in jeder Phase der Regulierung eine Rolle spielen, wird die Rolle von Ideologie genau dann entscheidend, wenn die öffentliche Diskussion über Rechnungslegungsregeln mit ideologisch kontroversen Fragen (zum Beispiel der Bankenrettung oder der Managementvergütung) verknüpft ist.

Wir zeigen mit umfangreichen empirischen Daten zur Beteiligung von US-amerikanischen Politikern an den öffentlichen Diskussionen über die Fair-Value-Bewertung und der Bilanzierung von Aktienoptionsprogrammen, wie diese beiden Faktoren getrennt voneinander den Verlauf der Debatte erklären. Daraus lässt sich ableiten, welche Interessenkonflikte der Entwicklung von Rechnungslegungsregeln zugrunde liegen und worin die Schwierigkeiten liegen, die richtigen Governance-Strukturen für unabhängige Gremien zu schaffen, denen die Standardsetzung obliegt.

⁵ Siehe Fußnote 4 zur Definition des Ideologie-Scores.

Literatur:

- Becker, K., J. Bischof, H. Daske. 2021. IFRS: Markets, Practice, and Politics. *Foundations and Trends in Accounting* 15(1-2): 1-262.
- Bischof, J., U. Brüggemann, H. Daske. 2022. *Asset Reclassifications and Bank Recapitalization during the Financial Crisis*. *Management Science*, in Veröffentlichung.
- Bischof, J., H. Daske, C.J. Sextroh. 2020. Why Do Politicians Intervene in Accounting Regulation? The Role of Ideology and Special Interests. *Journal of Accounting Research* 58: 589-642.
- Bischof, J., C. Laux, C. Leuz. 2021. Accounting for Financial Stability: Bank Disclosure and Loss Recognition in the Financial Crisis. *Journal of Financial Economics* 41: 1188-1217.
- Farber, D.B., M.F. Johnson, K.R. Petroni. 2007. Congressional Intervention in the Standard-Setting Process: An Analysis of the Stock Option Accounting Reform Act of 2004. *Accounting Horizons* 21: 1-22.
- Kau, J.B., P.H. Rubin. 1979. Self-Interest, Ideology, and Logrolling in Congressional Voting. *Journal of Law and Economics* 22: 365-384.
- Laux, C., C. Leuz. 2010. Did Fair-Value Accounting Contribute to the Financial Crisis. *Journal of Economic Perspectives* 24: 93-118.
- Mian, A., A. Sufi, F. Trebbi. 2010. The Political Economy of the US Mortgage Default Crisis. *American Economic Review* 100: 1967-1998.
- Poole, K.T., H. Rosenthal. 2011. *Ideology and Congress*. New Brunswick, NJ.
- Posner, R.A. 1974. Theories of Economic Regulation. *The Bell Journal of Economics and Management Science* 5: 335-358.
- Ramanna, K. 2008. The Implications of Unverifiable Fair-Value Accounting: Evidence from the Political Economy of Goodwill Accounting. *Journal of Accounting and Economics* 45: 253-281.
- Stigler, G.J. 1971. The Theory of Economic Regulation. *The Bell Journal of Economics and Management Science* 2: 3-21.
- Tahoun, A. 2014. The Role of Stock Ownership by US Members of Congress on the Market for Political Favors. *Journal of Financial Economics* 111: 86-110.

Quelle

Der Beitrag basiert auf "Why Do Politicians Intervene in Accounting Regulation? The Role of Ideology and Special Interests." von Jannis Bischof, Holger Daske, Christoph J. Sextroh erschienen in: *Journal of Accounting Research*, 58. Jg. 2020, S. 589-642.